

Von Paul Katzenberger

**A**lles unter Kontrolle! Mit den drei Worten lässt sich die Informationspolitik Igor Rudenjas, Gouverneur des russischen Verwaltungsbezirks Oblast Twer, auf den Punkt bringen: „Alle öffentlichen Versorgungseinrichtungen funktionieren, und die gesamte Infrastruktur – Strom, Gas, Wasser – ist in einwandfreiem Zustand“, sagte der Politiker der kremlnahen Partei Einiges Russland auf einer Sitzung des Katastrophenschutzes am 18. September zur Lage in der Kleinstadt Toropez an der westlichen Grenze der Oblast. Der 56-Jährige betonte auch, dass jene Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt, für die er zehn Stunden zuvor eine Evakuierung angeordnet hatte, in ihre Häuser zurückkehren könnten.

Dass Menschen in Toropez ihre Behausungen räumen mussten, hatte Rudenja um vier Uhr morgens – also offensichtlich mit erheblicher Dringlichkeit – auf dem Kanal der Oblast Twer auf dem Messengerdienst Telegram mit der Sicherheit der Evakuierten begründet. Es gebe schweren Drohnenbeschuss, der von der Luftabwehr erfolgreich abgefangen werde, dabei seien allerdings Trümmer auf Gebäude herabgefallen, die deren Bewohner und Bewohnerinnen daher besser verlassen sollten. Aber alles kein Grund zur Sorge: „Derzeit werden die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Die Situation ist unter Kontrolle“, heißt es am Ende der Telegram-Nachricht.

Dass in Toropez an diesem 18. September bei Weitem nicht alles unter Kontrolle war und wohl noch lange Zeit nicht sein wird, war von Rudenja niemals zu erfahren.

#### Ein Munitionslager vernichtet

Wer wissen wollte, wie fatal die Folgen des Drohnenbeschusses in Toropez tatsächlich sind, fand auf Telegram zeitnah eine russische Quelle: Der Kriegsblogger Jurij Podoljaka verwies schon am Morgen des 18. September auf einen Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Tass aus dem Jahr 2018, wonach der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Dmitrij Bulgakov angekündigt hatte, dass in Toropez ein Lager zur Aufbewahrung von Raketen und Munition von „Weltformat“ gebaut werde: „Das Arsenal in Toropez ermöglicht es“, sagte der Militär laut Tass damals, „die Raketen- und Munitionsbestände vor äußeren Einwirkungen zu schützen und ihre Sicherheit sowie Explosions- und Brandsicherheit zu gewährleisten.“ Wie gut der Schutz tatsächlich war, beschrieb Podoljaka auf Telegram folgendermaßen: „Alles, was explodieren kann (und wird), brennt dort bereits.“

Tatsächlich verursachte der ukrainische Drohnenangriff auf das Munitionslager nach allem, was bekannt ist, riesige Schäden. Ants Kiviselg, Chef des estnischen Militärgeheimdienstes, erklärte, dass bei dem Angriff „30.000 Tonnen Sprengstoff“ detoniert seien, was etwa 750.000 Granaten entspräche. Russland feuere durchschnittlich 10.000 Schuss am Tag ab – die explodierte Munition entspräche also einem Vorrat von zwei bis drei Monaten. Ein erheblicher Verlust also, über den das russische Verteidigungsministerium kein Wort verlor, sondern lediglich betonte, dass bei den ukrainischen Angriffen 54 Drohnen über verschiedenen Regionen Russlands abgeschossen worden seien.

Das Ministerium folgt damit der Beschwichtigungsstrategie, die bis hinauf zum Kreml typisch für die Aussagen russischer Offizieller ist, und die eben die eine Kernbotschaft zum Ausdruck bringen soll: „Wir haben alles unter Kontrolle.“

#### „Provokation“ in der Region Kursk

Besonders ausgeprägt zeigt sich diese Vorgehensweise seit dem Vorstoß der ukrainischen Streitkräfte in die Oblast Kursk Anfang August. Aus Sicht des Kremls war das nicht etwa eine „Invasion“ mit der Eroberung von circa 1300 Quadratkilometern russischen Staatsgebiets, sondern lediglich eine „bewaffnete Provokation“, eine „Situation“, ein „terroristischer Angriff“ oder „Ereignisse in der Region Kursk“.

Alexei Smirnow, der Gouverneur der Oblast Kursk, räumte zwar ein, dass 180.000 Menschen ihre Häuser



Umkämpfte Region Kursk: Auf diesem Bild aus einem offiziellen russischen Video patrouillieren Soldaten im Grenzgebiet zur Ukraine.

FOTO: UNCREDITED/RUSSISCHES VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM/AP/DPA

Unter der Oberfläche rumort es allerdings doch etwas. Die Meinungsforschungsinstitute Lewada-Zentrum, ExtremScan und VCIOM stellten alle drei in Umfragen fest, dass sich die Haltung der russischen Bevölkerung zur Regierung und deren Vorgehen nach der ukrainischen Invasion bei Kursk in negativer Weise geändert hat. Die Abwärtsentwicklung war bei VCIOM weniger ausgeprägt als beim Lewada-Zentrum und bei ExtremeScan. Das ist nicht erstaunlich, denn VCIOM ist in Staatshand und im Gegensatz zum Lewada-Zentrum und zu der Nichtregierungsorganisation ExtremeScan nicht unabhängig.

„Die Operation der ukrainischen Truppen in der Region Kursk war für die meisten russischen Bürger zu nächst ein Schock“, schreibt das Lewada-Zentrum. „Der Anstieg der allgemeinen Verunsicherung scheint allerdings nicht nachhaltig zu sein, und ist bisher in keiner Weise mit dem vergleichbar, was vor dem Hintergrund der Teilmobilisierung im Herbst 2022 geschah. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wird wahrscheinlich als bedenklicher empfunden.“

Nach Auffassung Fastovskijs muss der Kreml die Eintrübung der öffentlichen Meinung durchaus berücksichtigen, auch wenn sie nicht allzu gravierend erscheint. Man dürfe sich nicht davon täuschen lassen, dass sich die Lage in Moskau und Sankt Petersburg ruhig darstellt. Denn in diesen Bevölkerungszentren habe die Staatsführung den Waffengang mit der Ukraine immer von den Menschen ferngehalten und zum Beispiel vergleichsweise wenige Männer rekrutiert. Anders sei das in den Regionen, wo der Anteil der Frontsoldaten an der männlichen Bevölkerung deutlich höher ist. „Dort ist ein Krieg, der nicht enden will, der keine Perspektive bietet und nun sogar auf russisches Staatsgebiet getragen wurde, viel näher am Lebensalltag der Menschen dran und schürt dort mehr Ängste.“

#### Sorge um die Wehrpflichtigen

Präsident Putin hat zwar wiederholt betont, dass Wehrpflichtige, die in Russland ab dem Alter von 18 Jahren für ein Jahr zur Armee eingezogen werden, nicht ins ukrainische Kampfgebiet geschickt würden. Dennoch bestätigte das Verteidigungsministerium im März, dass Militärdienstleistende in besetzten Gebieten im Einsatz und auch in Gefangenschaft geraten seien. Außerdem stellen sich viele Familien die Frage, ob Putins Versprechen auch für den Kampf gegen ukrainische Truppen auf russischem Staatsgebiet gilt.

Nach dem Beginn der Kämpfe bei Kursk zitierte das finnische Nachrichtenportal „The Barents Observer“ verzweifelte Mütter aus Regionen am Nordpolarmeer wie Murmansk und Komi, die den Kontakt zu ihren wehrpflichtigen Söhnen verloren haben, nachdem diese den Marschbefehl nach Kursk erhalten hatten. Wie der „Guardian“ zudem berichtet, gerieten etliche russische Wehrpflichtige bei Kursk in ukrainische Gefangenschaft.

Die Verunsicherung der Menschen wachse durch das Hineintragen des Krieges auf russisches Staatsgebiet, sagt Historiker Fastovskij: „Die Vertriebenen haben das Gefühl, dass die Staatsmacht ihre Probleme nicht ernst nimmt, und auch in den Regionen nimmt die Angst vor einer Mobilmachung und einem wirtschaftlichen Abstieg zu. Das wird sich nicht unmittelbar in subversive Handlungen übersetzen, aber die Sorgen akkumulieren sich zunehmend und machen die Menschen mürrisch.“

Lew Schlosberg, eine der wenigen Oppositionsfiguren, die es in Russland noch gibt, vergleicht den Zustand der Gesellschaft mit Magma, das sich unter einem Vulkan sammelt und von dem unklar ist, wann und wie es an die Oberfläche kommen wird. „Die aktuellen Ereignisse verschärfen natürlich die Krise“, sagte der Regionalpolitiker aus Pskow in Nordwestrussland der „New York Times“. „Aber wir wissen nicht, wohin und wie sich diese Unzufriedenheit ausbreiten wird.“

# DER KRIEG IST LÄNGST IN RUSSLAND

Die Ukraine trägt den Kampf auf russisches Staatsgebiet, doch dort sind die meisten Menschen von einer Massenhysterie weit entfernt. Warum ist das so? Oder werden die Russen in Wahrheit doch langsam mürrisch?

verlassen mussten, doch die staatlich kontrollierten Medien konzentrieren sich bei ihrer Berichterstattung über die Aussiedlungen vor allem auf die Bemühungen der Regierung, die Evakuierten in Sicherheit zu bringen und zu versorgen. Betont wird zudem, dass sich die Nation geschlossen hinter den Betroffenen versammelt und die Schleusen für eine wahre Flut an humanitärer Hilfe geöffnet hat. Die ukrainische Invasion wird behandelt wie eine Naturkatastrophe – unerfreulich, mit vereinten Kräften aber zu bewältigen.

Dass es dem militärischen Goliath Russland bislang nicht gelang, den David Ukraine aus seinem Territorium zurückzudrängen, ist aus Sicht der Staatsspitze wie so vieles die Schuld des Westens. Bei einem im Fernsehen übertragenen Treffen mit Sicherheitschefs und Regionalgouverneuren erklärte Präsident Wladimir Putin sechs Tage nach dem Einmarsch in Kursk, dass es wieder einmal „der Westen ist, der uns mit den Händen der Ukrainer bekämpft“. Er versicherte, dass die russischen Streitkräfte angemessene Vergeltungsmaßnahmen ergreifen und dennoch „alle unsere Ziele“ erreichen würden.

Mit dieser Informationspolitik gelingt es Putin, in den großen Bevölkerungszentren tatsächlich durchzudringen, obwohl sich etwa Moskau gar nicht so weit entfernt von den Orten der Kampfhandlungen befindet: Von Sudscha, der russischen Stadt an der Grenze in der Oblast Kursk, die von ukrainischen Truppen eingenommen wurde, sind es rund 630 Straßenkilometer bis nach Moskau. Aus Toropez beträgt

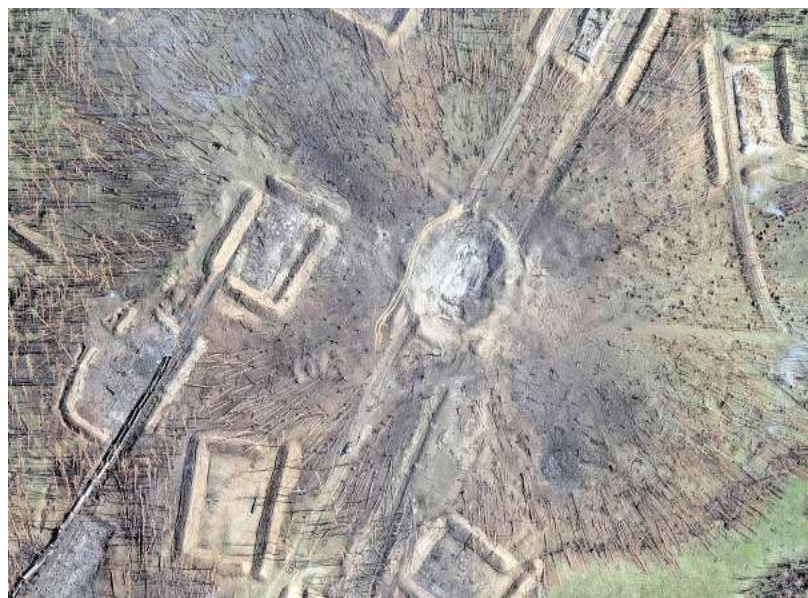
die Entfernung zur Hauptstadt sogar nur gut 400 Kilometer.

Vor diesem Hintergrund drängt sich förmlich das Gedankenspiel auf, was in Deutschland passieren würde, wenn etwa französische Truppen eine Stadt an der Grenze zu Frankreich besetzen würden, etwa Saarbrücken, das circa 660 Kilometer von Berlin entfernt liegt? Die Prognose, dass in dem Fall eine Hysterie ausbrechen würde, wäre wohl nicht zu weit hergeholt.

#### „Kursk war ein Schock“

In diesem Gemütszustand befinden sich die Moskowiter nicht, doch etwas beunruhigt sind sie schon. Die Hotel- und Gaststättenfachfrau Tatjana Popowa (*Name geändert, Anm. d. Red.*) behält die Berichterstattung im Staatsfernsehen über die Kämpfe bei Kursk mit Sorge im Auge, folgt dem Narrativ ihres Staatspräsidenten aber im Wesentlichen: „Ich mache mir schon Gedanken, wenn wir vom Westen angegriffen werden“, sagt die 49-Jährige. „Glücklicherweise werden wir aber von Leuten regiert, die wissen, was zu tun ist.“

Dass die Russinnen und Russen vergleichsweise ruhig bleiben, obwohl das eigene Staatsgebiet militärisch angegriffen wird, hat einen weiteren Grund: „Hysterie kann in einer Militärdiktatur nicht passieren“, sagt der Osteuropa-Historiker Vitalij Fastovskij von der Universität Münster. „Selbst für die russischen Hardcore-Nationalisten, die den Krieg mit Leib und Seele unterstützen, ist Kritik an der Staatsführung gefährlich. Für jeden, der an seiner persönlichen Sicherheit interessiert ist, verbieten sich daher schrille Töne“, so der Forscher im Gespräch.



Ein großer Krater, umgestürzte Bäume und zerstörte Eisenbahnwaggons nach einer Explosion im Munitionsdepot Toropez. FOTO: MAXAR TECHNOLOGIES/AP/DPA